



Industrielle Innovation für eine nachhaltige Welt

Empfehlungen der B7 an die G7

Mitgliedsverbände der B7

















Zusammenfassung: Zentrale Empfehlungen der B7

Wir, die B7, begrüßen als Präsidenten und Vorsitzende der führenden Wirtschafts- und Industrieverbände der G7-Länder die Anstrengungen der G7, die dringlichen globalen Herausforderungen in Angriff zu nehmen, mit denen unsere Volkswirtschaften konfrontiert sind.

Förderung von Investitionen und Wirtschaftswachstum

Obwohl sich die Weltwirtschaft nach der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise stabilisiert hat, besteht kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Die B7 bestärken daher die G7, notwendige Strukturreformen in die Wege zu leiten, eine solide Haushaltspolitik zu betreiben und realistische Investitions- und Wachstumsstrategien zu verfolgen.

- Wir fordern unsere Regierungen auf, Hindernisse für Investitionen der öffentlichen Hand und des Privatsektors und die diesbezüglichen Engpässe zu beseitigen. Nachdem der erwartete Produktionszuwachs sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern erheblich nach unten revidiert werden musste, sollte das Augenmerk nun auf die Stärkung des weltweiten Wachstumspotenzials gerichtet werden.
- Die Geld- und Finanzpolitik muss sich mittelfristig an die niedrigeren Potenzialwachstumsraten anpassen. Der Neustart des globalen Investitionsmotors
- mit einer normaleren Geschwindigkeit könnte vor dem Hintergrund der neuen Fundamentaldaten eine verlängerte Phase der makroökonomischen Anpassung erfordern.
- Die Investitionsrahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation sollten einer umfassenden Überprüfung unterzogen werden. Viele Länder müssen verstärkt politische Maßnahmen für eine substanzielle Verbesserung des Innovationsumfelds für Unternehmen setzen, um Produktivität und Wirtschaftswachstum auf längere Sicht zu steigern.

Förderung des globalen Handels

Freier, regelbasierter Handel spielt eine wesentliche Rolle für die Förderung des weltweiten Wirtschaftswachstums und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Zunehmend lange und komplexe globale Wertschöpfungsketten unterstreichen die Bedeutung des Abbaus von Zollschranken sowie der Straffung von Verwaltungsverfahren bei der Zollabwicklung. Die B7 bedauern, dass die weltweite Neigung zu Protektionismus ungebrochen ist.

Empfehlungen

- Die B7 fordern die G7 auf, sich für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) einzusetzen.
 Die Ministerkonferenz, die später in diesem Jahr stattfinden wird, wird eine maßgebliche Rolle für einen ausgewogenen Abschluss der Doha-Runde spielen.
- Die B7 wünschen sich darüber hinaus eine möglichst baldige Umsetzung des WTO-Handelserleichterungsabkommens und fordern die G7-Länder auf, durch die Ratifizierung mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Vereinfachung von Handelsdokumenten und ihre
- Harmonisierung gemäß internationalen Standards, die Automatisierung und eine Verbesserung der Verfügbarkeit von Informationen versprechen hohe Wohlstandsgewinne für alle WTO-Mitglieder.
- Freihandelsabkommen (Free Trade Agreements, FTAs) können einen Schritt in Richtung einer multilateralen Handelsliberalisierung darstellen und die Chance bieten, die globalen Regeln für Handel und Investitionen voranzubringen. Die B7 fordern die G7 auf, FTAs anzustreben, die mit der WTO vereinbar sind und die die globalen Wertschöpfungsketten befördern.

Förderung nachhaltiger weltweiter Lieferketten

Die Verbundenheit und Interdependenz der weltweiten Volkswirtschaften steigt. Die Teilnahme an globalen Lieferketten bietet sowohl Ländern als auch Unternehmen große Chancen: Verbesserung des Lebensstandards, höhere Produktivität, Einsatz neuer Technologien, potenzielle neue Arbeitsplätze und stärker diversifizierte und krisenfestere Volkswirtschaften. Nachhaltige globale Lieferketten sind kein angenehmer Nebeneffekt, sondern zählen zu den Kerninteressen der Unternehmen. Investitionen in Nachhaltigkeit zahlen sich aus, da sie Risiken verringern und stabile Investitionsbedingungen fördern. Die B7 stimmen der Notwendigkeit zu, die Sicherheit der Arbeitsplätze sowie die Umweltstandards in den Erzeugerländern zu verbessern.

- Die G7-Initiative "Standards in Handels- und Lieferketten" sollte sich auf das Drei-Säulen-Rahmenkonzept "Protect Respect Remedy" der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte stützen. Es ist vor allem die Aufgabe des Staates, die in seinem Territorium lebenden Menschen vor Verletzungen der Menschenrechte zu schützen, und es ist Aufgabe der Unternehmen, die Menschenrechte einzuhalten.
- Die G7 sollten bemüht sein, weitere Nicht-OECD-Länder für die Leitlinien der OECD für multinationale Unternehmen zu gewinnen. In einer globalisierten

- Welt spielen die OECD-Leitlinien eine wichtige Rolle für einen fairen Wettbewerb.
- Die B7 stehen der Diskussion der Idee der deutschen Regierung, einen freiwilligen "Vision Zero Fund" einzurichten, positiv gegenüber, sofern ein solcher Fonds bestimmte Kriterien erfüllt. Er kann hilfreich sein, wenn es darum geht, Arbeitsunfälle vor allem in weniger entwickelten Ländern zu verhindern. Er muss aber sorgfältig gestaltet werden, um sicherzustellen, dass er Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards weltweit tatsächlich fördert.

Förderung eines effizienten Umgangs mit Ressourcen

Die Nutzung natürlicher Ressourcen ermöglicht der Menschheit einen beispiellosen Wohlstand und Lebensstandard. Trotzdem ist ein effizienterer und bewussterer Umgang mit fossilen und mineralischen Ressourcen nötig. Die Preise vieler Rohstoffe sind seit 2010 zwar gefallen, doch damit sind keine Probleme gelöst.

Empfehlungen

- Die Regierungen der G7 sollten die Wirtschaft in ihrem Bestreben unterstützen, innovative Produkte und Verfahren zu entwickeln und diese Technologien durch gezielte freiwillige nationale Ressourcenpartnerschaftsprogramme, an denen sich Regierungen und Unternehmen beteiligen, zur Anwendung zu bringen.
- Die B7 fordern die G7 auf, die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) bei der effizienten Nutzung von Rohstoffen in der industriel-
- len Produktion stärker zu unterstützen. Die Initiative der deutschen Regierung "Ressourceneffizienz in kleinen und mittelständischen Unternehmen" anlässlich der deutschen G7-Präsidentschaft 2015 ist ein Schritt in die richtige Richtung.
- Die Subventionierung von Rohstoffimporten, überhöhte Ausfuhrzölle und strengere Ausfuhrquoten sind ein wachsendes weltweites Problem. Die B7 fordern strenge Maßnahmen durch die G7 gegen handelsverzerrende Ressourcenpolitiken.

Effizienterer Umgang mit Energie und verstärkte Maßnahmen gegen den Klimawandel

Die Produktion von sicherer, bezahlbarer und sauberer Energie sowie eine verantwortungsvolle und effiziente Ressourcennutzung bilden integrale Bestandteile eines nachhaltigen weltweiten Wirtschaftswachstums. Vorhersehbare und transparente politische Bedingungen und gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen für alle globalen Akteure sind für eine effektive Klimapolitik unverzichtbar. Die Erfüllung dieser Bedingungen würde die Unternehmen auch ermutigen, weiter in die Forschung und Entwicklung neuer Technologien zu investieren.

- Die B7 fordern die G7 auf, bei der später in diesem Jahr in Paris stattfindenden 21. Sitzung der Konferenz der Vertragsparteien der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), COP21, konstruktiv auf ein solches Abkommen hinzuarbeiten. Die B7 unterstützen ein globales Klimaabkommen, das vergleichbare, verifizierbare und ambitionierte Beiträge aller Parteien enthält und die Welt letztendlich auf eine erhebliche Verringerung der globalen Emissionen einstimmt.
- Wir fordern die G7 auf, gesetzliche Schranken abzubauen, die die Verbreitung energieeffizienter Technologien hemmen, und solche Technologien durch Finanzierungsmechanismen zu fördern.
- Die B7 begrüßen die Schaffung von Energieeffizienznetzwerken, die es den Unternehmen erlauben, Ideen über die Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Produktionsverfahren auszutauschen und Wege zur Umsetzung von Effizienzmaßnahmen zu diskutieren.

Verbesserung der Innovation im Gesundheitswesen

Eine gesunde Bevölkerung ist eine wesentliche Voraussetzung für ein nachhaltiges und sozial verträgliches Wirtschaftswachstum und für Sicherheit. Die Bevölkerungen der ärmsten Länder haben am stärksten unter Gesundheitsproblemen zu leiden. Krankheiten sind ein ernstzunehmender Hemmschuh für Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung. Insbesondere zwei Themen fordern unsere unmittelbare Aufmerksamkeit: Antibiotikaresistenzen und sogenannte vernachlässigte Tropenkrankheiten (Neglected Tropical Diseases, NTDs). Den G7-Ländern und den B7-Unternehmen kommt eine wichtige Rolle im Meistern dieser Herausforderungen zu.

- Die B7 fordern die Regierungen der G7 auf, bei der Entwicklung von Gesundheitslösungen, die einen nachhaltigen und kosteneffektiven Zugang zu Gesundheitsleistungen ermöglichen, die globale Führung zu übernehmen. Öffentliche und private Investitionen in Gesundheit haben einen enormen gesellschaftlichen Wert. Dies sollte anerkannt werden.
- Die B7 fordern die G7 auf, den Entwicklungsländern zu helfen, im Kampf gegen die auftretenden antimikrobiellen Resistenzen zu Partnern zu werden.
- Die Einrichtung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) zeigt, wie erfolgreich ein gemeinsames Vorgehen der Weltgemeinschaft sein kann. Da NTDs bei der Gründung von GFATM noch nicht berücksichtigt wurden, muss dieser Fehler nun korrigiert werden.

Präambel

Die internationale Gemeinschaft steht vor beispiellosen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen. Wir als B7, die Präsidenten und Vorsitzenden der führenden Wirtschaft- und Industrieverbände der G7-Länder, begrüßen die Bemühungen der G7, diese Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Die Mitgliedsländer der G7 sind gemeinsam für gut 46 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und für ca. 35 Prozent des globalen Handels verantwortlich. Sie teilen viele wichtige Werte und Grundsätze wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Freiheit und Offenheit sowie den Glauben an die Marktwirtschaft. Die G7 sind daher unverzichtbar für die Entwicklung der globalen Agenda. Wir, die Präsidenten und Vorsitzenden der B7, sind bereit, die G7 dabei zu unterstützen, Antworten auf viele der drängenden globalen Probleme zu finden, vor denen unsere Volkswirtschaften stehen.

Die Unruhen infolge der zunehmenden geopolitischen Konflikte machen deutlich, wie fragil die globalisierte Welt geworden ist. Die B7 begrüßen die Bemühungen der Staats- und Regierungschefs der G7, die Risiken einer zunehmend globalisierten und vernetzten Welt, wie zwischenstaatliche Konflikte, Terrorismus und soziale Instabilität bis hin zu neuen Sicherheitsbedrohungen wie den Ausbruch der Ebola-Epidemie, in Angriff zu nehmen. Die B7 unterstützen uneingeschränkt die koordinierten Bemühungen und Maßnahmen der G7 für den Schutz von Freiheit, Frieden und territorialer Integrität. Ein nachhaltiger und dauerhafter Frieden verlangt neben internationaler Zusammenarbeit auch günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Mitglieder der B7 tragen durch wachstumsfördernde industrielle Innovation zu diesem Prozess bei und können so die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen in aller Welt verbessern.

Obwohl sich die Weltwirtschaft nach der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise stabilisiert hat, besteht kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Die B7 bestärken daher die G7, die notwendigen Strukturreformen in die Wege zu leiten, eine solide Haushaltspolitik zu betreiben und realistische Investitions- und Wachstumsstrategien zu verfolgen. Wir fordern die Regierungen unserer Länder auf, die Hindernisse für höhere öffentliche und private Investitionen und die entsprechenden Engpässe zu beseitigen. Nachdem der erwartete Produktionszuwachs sowohl der Industrie- als auch der Schwellenländer erheblich nach unten revidiert werden musste, muss das Augenmerk nun auf die Stärkung

des weltweiten Wachstumspotenzials gerichtet werden. Die Investitionsrahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation sollten einer umfassenden Überprüfung unterzogen werden. Viele Länder müssen verstärkt politische Maßnahmen für eine substanzielle Verbesserung des Innovationsumfeldes für Unternehmen ergreifen, um Faktorproduktivität und Wirtschaftswachstum auf längere Sicht zu steigern. Die Geld- und Finanzpolitik muss sich mittelfristig an die niedrigeren Potenzialwachstumsraten anpassen. Der Neustart des globalen Investitionsmotors mit einer normaleren Geschwindigkeit könnte vor dem Hintergrund der neuen Fundamentaldaten eine verlängerte Phase der makroökonomischen Anpassung erfordern.

Der positive Beitrag, den ein freier und regelgebundener Handel zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Wachstum weltweit leistet, ist unbestritten. Die B7 fordern die G7 daher auf, sich für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) einzusetzen. Die Ministerkonferenz, die später in diesem Jahr stattfinden wird, wird eine maßgebliche Rolle für das Zustandekommen einer Doha-Übereinkunft spielen. Bilaterale Verträge und plurilaterale Freihandelsabkommen sowie sektorspezifische plurilaterale Abkommen können einen Schritt in Richtung einer multilateralen Handelsliberalisierung darstellen und die Chance bieten, die globalen Regeln für Handel und Investitionen weiterzuentwickeln. Die B7 fordern die G7 daher auf, Handelsabkommen anzustreben, die mit der WTO vereinbar sind und die globalen Wertschöpfungsketten voranbringen.

Das Jahr 2015 bietet viele Möglichkeiten, die globalen Ordnungsstrukturen zu gestalten. Die B7 fordern die G7 daher auf, bei der 21. Sitzung der Konferenz der Vertragsparteien der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), COP21, die später in diesem Jahr in Paris stattfinden wird, konstruktiv auf ein Klimaschutzabkommen hinzuarbeiten. Die COP21 hat ein enormes Potenzial, den Klimaschutz voranzubringen, indem sie solide wirtschaftliche Voraussetzungen schafft, die Investitionen, Innovationen und Wachstum fördern und begünstigen. Die B7 unterstützen die Umstellung auf eine nachhaltige, klimaschonende globale Wirtschaft und die Schaffung von gleichen und fairen Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen. Die B7 sind sich jedoch bewusst, dass diese Ziele nicht auf nationaler Ebene erreicht werden können, und erwarten daher von der COP21 greifbare Ergebnisse.

In einer zunehmend vernetzten Welt bleiben viele der schwächeren und schwächsten Länder zurück. Der diesjährige UNO-Gipfel in New York, bei dem die Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 angenommen werden soll, wird die Chance bieten, die weltweite Entwicklung voranzubringen. Die B7 sind sich bewusst, dass starke, integrative und robuste Volkswirtschaften eine Voraussetzung für Entwicklung sind, und sind sich über die wichtige Rolle im Klaren, die Handel und Investitionen für das Erreichen dieses Zieles spielen. Folglich fordern die B7 die G7 auf, konstruktiv auf Maßnahmen hinzuarbeiten, die die Länder bei der Teilnahme an den globalen Wertschöpfungsketten unterstützen.

Die Wirtschaft spielt eine wichtige Rolle, wenn es um die Reaktion auf eine Vielzahl gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen geht. Die industrielle Innovation ist in Anbetracht einer wachsenden Weltbevölkerung entscheidend für die Entwicklung nachhaltiger Lösungen. Sie bildet auch die Grundlage für eine effektive Inangriffnahme des Klimawandels und den Aufbau eines starken, Arbeitsplätze schaffenden wirtschaftlichen Umfeldes. Deshalb haben sich die B7 gegenüber den G7 auf gemeinsame Positionen zu nachhaltigen Lieferketten, energie- und klimatechnischen Maßnahmen, einem sicheren und effizienten Rohstoffverbrauch und Innovationen der Gesundheitssysteme geeinigt. Diese Themen haben eines gemeinsam: Sie müssen weltweit in Angriff genommen werden, wobei jede Nation und jede Wirtschaftsvereinigung ihre eigene Expertise einbringt und ihre eigenen spezifischen Verantwortungen wahrnimmt.

Globale Lieferketten schaffen Arbeitsplätze, verbessern Qualifikationen und fördern Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Die Verbundenheit und Interdependenz der weltweiten Volkswirtschaften steigt. Zwischen 30 und 60 Prozent der Exporte der G20-Länder enthalten eingeführte Vorleistungen oder werden von anderen als Vorleistungen verwendet. Während die Industrieländer nach wie vor die Treiber der globalen Lieferketten sind, steigt der Anteil der Schwellenländer am Handel mit Zwischenerzeugnissen. Trotzdem liegen einige Regionen noch immer zurück, insbesondere Länder in Afrika und Lateinamerika. Diesen muss eine Teilhabe an den globalen Lieferketten ermöglicht werden.

Die Teilnahme an globalen Lieferketten bietet sowohl Ländern als auch Unternehmen große Chancen: Verbesserung des Lebensstandards, höhere Produktivität, Einsatz neuer Technologien, potenzielle neue Arbeitsplätze und stärker diversifizierte und krisenfestere Volkswirtschaften. Durch Investitionen im Ausland leisten G7-Unternehmen nicht nur Beiträge zur Verbreitung von Kapital, Wissen und Know-how, sondern verhelfen auch höheren Standards in der gesamten Lieferkette zum Durchbruch. Nachhaltige globale Lieferketten

sind kein angenehmer Nebeneffekt, sondern zählen zu den Kerninteressen der Unternehmen. Investitionen in Nachhaltigkeit können sich auszahlen, indem sie Risiken verringern und stabile Investitionsbedingungen fördern. Deshalb hat ein vernünftiges und angemessenes Lieferkettenmanagement einen hohen Stellenwert für die Unternehmen sowie für ihre jeweiligen Betriebs- und Arbeitgeberorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene.

Es gibt zahlreiche Initiativen, Allianzen und Maßnahmen, durch die Unternehmen ihre Verantwortung in der Lieferkette wahrnehmen, und eine steigende Zahl von Unternehmen ist in dieser Hinsicht bereits sehr aktiv. Immer mehr Unternehmen verlangen von ihren Lieferanten die Einhaltung von Menschenrechten oder helfen ihnen, Umwelt- und Sozialstandards zu erfüllen. Weltweit werden Verbraucher sensibler dafür, wie Produkte und Dienstleistungen hergestellt und gehandelt werden. Leistungsindikatoren für Länder und Unternehmen berücksichtigen zu Recht zunehmend auch soziale und ökologische Indikatoren.

Empfehlungen der B7

Die Lieferketteninitiative der G7 sollte die Verantwortung der Regierungen stärken

Die G7-Initiative "Globale Lieferketten und menschenwürdige Arbeit" darf die verschiedenen Rollen, die Regierungen und Unternehmen spielen, nicht unterminieren. Regierungen haben vor allem die Aufgabe, für wirksame Arbeitsinspektionssysteme sowie für Rechtssysteme zu sorgen, die menschenwürdige Arbeitsbedingungen garantieren. Außerdem müssen grundlegende ökologische und soziale Standards von den Staaten in Gesetze umgesetzt und implementiert werden. Die Wirtschaft kann diese Rolle nicht für die Regierungen übernehmen. Die G7 sollten daher dazu beitragen, die verschiedenen Rollen von Regierungen und Unternehmen klarzustellen. Die 2011 angenommenen UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte geben die angemessene Rollenteilung durch das Drei-Säulen-Rahmenkonzept "Protect - Respect - Remedy" vor. Nach diesem Ansatz ist es Aufgabe des Staates, die auf seinem Gebiet lebenden Menschen vor Verletzungen der Menschenrechte zu schützen, und es ist Aufgabe der Unternehmen, die Menschenrechte zu respektieren.

Förderung realistischer und komplementärer Ansätze

Die G7-Staaten sollten dazu beitragen, Corporate Social Responsibility (CSR) von übertriebenen Erwartungen zu befreien. Während sich die Unternehmen ihrer Verantwortung bewusst sind, stellt CSR kein Allheilmittel dar. Die globalen Lieferketten sind vielfältig, komplex und verändern sich stetig. Größere Unternehmen haben Tausende Lieferanten auf allen Ebenen, und diese wechseln noch dazu ständig. Dazu kommt, dass Unternehmen oft Lieferanten und Endproduzenten zugleich sind. Die Art und Weise, auf die Unternehmen die Lieferkette beeinflussen können, sind je nach Lieferantenzahl, Struktur und Komplexität der Lieferkette sowie nach den Marktbedingungen, unter denen das Unternehmen agiert, verschieden. In vielen Fällen haben die Lieferanten eine starke Marktposition, und ihre Kunden sind nicht in der Lage, Lieferbedingungen vorzuschreiben oder sie auch nur zu beeinflussen. Oft haben auch kleinere Unternehmen in der Lieferkette eine Monopolstellung, die es ihnen erlaubt, sich allen Versuchen der Kunden, Einfluss zu nehmen, zu widersetzen. In Anbetracht der Tiefe und Komplexität der globalen Lieferketten kann eine kleine Zahl von Unternehmen allein die Nachhaltigkeit nicht sicherstellen. Die Überwachung der gesamten globalen Lieferkette ist für jedes einzelne vor- oder nachgelagerte Unternehmen unmöglich. Nur durch die Zusammenarbeit zwischen Lieferanten und Kunden, Regierungen und internationalen

Institutionen ist es den Unternehmen möglich, einen Beitrag zur Bewältigung dieser mehrdimensionalen Herausforderung zu leisten.

Betrachtung von Lieferketten aus globaler Perspektive

Die B7 erkennen an, dass der Fokus der G7 auf globalen Lieferketten zu einem klareren Verständnis der verschiedenen Rollen der einzelnen Akteure (Regierungen, Lieferanten, Käufer) beitragen kann. Die Diskussion unter den G7 kann jedoch nur ein Anfang sein. Tatsächlich sind Lieferketten ein Thema, das auf globaler Ebene diskutiert werden muss, am besten auf einem Forum wie der Internationalen Arbeitskonferenz 2016. Wie wir bereits bei der Anwendung der Leitlinien der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen (Multinational Enterprises, MNEs) gesehen haben, zögern einige wichtige Schwellenländer, Initiativen beizutreten, an deren Entwicklung sie nicht beteiligt waren. Die Lieferketteninitiative der G7 blickt demselben Schicksal entgegen, wenn es uns nicht gelingt, Schwellenländer in einer frühen Phase in ihre Konzeption und Entwicklung einzubinden.

Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen – Verbreitung der OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen

Die G7 sollten bemüht sein, weitere Nicht-OECD-Länder für die MNE-Leitlinien der OECD zu gewinnen. In einer globalisierten Welt spielen die OECD-Leitlinien eine wichtige Rolle für einen fairen Wettbewerb und verantwortungsvolles Verhalten der Unternehmen. Die Aufgabe besteht nun darin, die Leitlinien weltweit über die Mitgliedstaaten der OECD hinaus als anerkannte Grundsätze für ein verantwortungsvolles geschäftliches Verhalten bezüglich ausländischer Investitionen zu etablieren. Insbesondere Schwellenländer wie China und Indien sollten davon überzeugt werden, die Leitlinien zu unterstützen, um die Schaffung verantwortungsvoller Rahmenbedingungen für den internationalen Handel zu fördern. Es liegt auf der Hand, dass die MNE-Leitlinien der OECD allein nicht in der Lage sind, weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Sie können diese Bemühungen jedoch unterstützen, und es wäre fahrlässig, ihr Potenzial nicht zu nutzen.

Stärkung nationaler Institutionen und Vorbeugung

Die B7 begrüßen die Bemühungen der G7, Institutionen auf nationaler Ebene zu stärken. Die Regierungen haben die besten Möglichkeiten, in ihren Ländern für faire und verantwortungsvolle Arbeits- und Umweltbedingungen zu sorgen. Die B7 unterstützen den Ansatz der G7, den Schwerpunkt auf eine verstärkte Vorbeugung zu legen. Dieser Ansatz muss auf staatlichen Bemühungen zum weltweiten Kapazitätsaufbau beruhen. In dieser Hinsicht sollten Regierungen einen horizontalen Ansatz verfolgen. Unternehmen müssen die nationalen Gesetze einhalten und sollten die Menschenrechte respektieren. In der Praxis steigt die Zahl der CSR-Initiativen auf Sektorebene, und die Zahl der Unternehmen, die CSR- und Nachhaltigkeitsstrategien in ihr Kerngeschäft und in ihr Lieferkettenmanagement aufnehmen, ist ebenfalls im Steigen begriffen. Solche CSR-Initiativen können jedoch die Bemühungen der Regierungen, Kapazitäten aufzubauen, nur ergänzen.

Der "Vision Zero Fund" muss sorgfältig gestaltet werden

Die B7 stehen der Diskussion der Idee der deutschen Regierung, einen "Vision Zero Fund" zu gründen, positiv gegenüber, sofern dieser bestimmte Kriterien erfüllt. Ein solcher Fonds kann hilfreich sein, wenn es darum geht, Arbeitsunfälle vor allem in weniger entwickelten Ländern zu verhindern. Er muss aber sorgfältig gestaltet werden, um sicherzustellen, dass er Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards (Occupational Safety and Health, OSH) weltweit tatsächlich fördert. Unter anderem sollten die Beiträge zu dem Fonds auf Freiwilligkeit basieren.

- 1. Fokus: Die B7 stimmen der Notwendigkeit zu, die Sicherheit der Arbeitsbedingungen in den Erzeugerländern zu verbessern. Dies ist jedoch keine Frage, die sich auf Lieferketten beschränkt. Der Fonds sollte nicht zu einem Zwei-Spuren-System führen, in dem Unternehmen, die in die globalen Lieferketten eingebunden sind, bessere soziale und ökologische Standards haben als jene, die nur für die Inlandsmärkte produzieren. Die Finanzierungen müssen gezielt, zeitgerecht, transparent und nachvollziehbar sein.
- 2. Maßnahmen: Die B7 betonen, dass die Maßnahmen auf Vorbeugung und nicht auf Nachsorge ausgerichtet sein sollten. Ein Nachsorgefonds würde jede Bemühung zur Stärkung der Rechenschaftspflicht von Staaten, die keine angemessenen

Arbeitsinspektionssysteme verlangen und implementieren, sowie von Unternehmen, die ihre gesetzlichen Pflichten nicht erfüllen, gefährden. Außerdem wäre ein solcher Fonds niemals groß genug, um alle Vorfälle im OSH-Bereich in allen Sektoren und Ländern auszugleichen. Die B7 unterstützen vorbeugende öffentliche Maßnahmen für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, unabhängige Arbeitsinspektionen und die Einrichtung nationaler Unfallversicherungen. Ein solcher Fonds sollte auch Maßnahmen im Rahmen des Better Work Programs der ILO unterstützen. Die B7 stehen der Idee offen gegenüber, dass Beiträge des Privatsektors zum Fonds für die Unterstützung vorbeugender Maßnahmen von Unternehmen in der Wirtschaft verwendet werden könnten. Dies sollte auch öffentlich-private Partnerschaften (PPP) ermöglichen.

- 3. Verantwortung und Finanzierung: Der Vision Zero Fund sollte die angemessene Aufteilung der Pflichten von Regierungen und Unternehmen, wie oben beschrieben, nicht verzerren. Er sollte vor allem von den Regierungen der G7 und darüber hinaus finanziert werden. Es kann nicht erwartet werden, dass der Fonds von der Wirtschaft allein finanziert wird.
- 4. Zugang und Bedingungen: Der Fonds sollte Regierungen und Unternehmen der Erzeugerländer nicht davon abhalten, Investitionen in Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz zu tätigen. Daher sollten nur jene Länder und Unternehmen Zugang zum Fonds haben, die bestimmte Anforderungen erfüllen. Länder und Unternehmen müssen sich zur Vorbeugung und Implementierung von Arbeits-, Umwelt- und Sicherheitsstandards verpflichten. Halten sie diese Verpflichtungen nicht ein, sollte ihnen die Unterstützung entzogen werden.
- 5. Eigentümerschaft und Zusammenarbeit: Um sicherzustellen, dass der Fonds öffentliche Unterstützung mobilisiert, können die G7 nur der Ausgangspunkt der Diskussionen sein. Es ist wichtig, diese Diskussion in die G20 zu tragen und auch mit den Schwellenländern zusammenzuarbeiten.
- Management: Die B7 sind der Meinung, dass ein solcher Fonds eine Managementstruktur erhalten sollte, an der verschiedene Interessengruppen beteiligt sind. Es sollte ein Lenkungsausschuss eingerichtet werden, der die Zuteilung der Finanzmittel überwacht.

Abbau von Lieferkettenbarrieren

Zunehmend lange und komplexe Wertschöpfungsketten haben erhebliche Auswirkungen auf die Handelsund Investitionspolitik. Der Abbau von Barrieren für Wertschöpfungsketten bedeutet nicht nur, die Zölle für Endprodukte zu senken, sondern auch, andere nicht-tarifliche Hemmnisse für Güter, Dienstleistungen und Investitionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu eliminieren. Um Ländern die Teilnahme an den globalen Wertschöpfungsketten zu ermöglichen, müssen Zölle abgebaut, Offenheit für Investitionen geschaffen und hohe Standards für den Schutz von geistigem Eigentum durchgesetzt werden. Außerdem sollte die Zusammenarbeit zwischen den Behörden gestärkt werden, um unnötige Regulierungsunterschiede zu vermeiden. Bi- und plurilaterale Freihandelsabkommen wie die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), die Trans-Pacific Partnership (TPP), das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan sowie plurilaterale Sektorabkommen wie das Trade in Services Agreement (TiSA) sind hervorragende Mittel zu diesem Zweck.

Die globalen Wertschöpfungsketten unterstreichen die Wichtigkeit, Verwaltung- und Zollverfahren zu straffen und zu erleichtern. Schnelle, einfache und kosteneffektive Verfahren an den Grenzen sind unverzichtbar. Die Bedeutung von Handelserleichterungen kann nicht oft genug betont werden. Der Abbau der Bürokratie an den Grenzen sowie die Verbesserung der Handelsinfrastruktur würde sowohl Importe als auch Exporte erleichtern. Multilaterale Liberalisierung des Handels ist wichtiger denn je, da Handelsschranken zwischen vor- oder nachgelagerten Drittländern heute ebenso wichtig sind wie Handelsschranken, die von unmittelbaren Handelspartnern errichtet werden. Daher sollte das von den Mitgliedern der WTO beim Ministertreffen in Bali im Dezember 2013 ausgehandelte Abkommen über Handelserleichterungen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Die größten Vorteile würden sich aus der Vereinfachung von Handelsdokumenten und aus ihrer Harmonisierung gemäß internationalen Standards, einer Automatisierung (wie elektronischer Datenaustausch und automatisierte Grenzverfahren) sowie aus der Verbesserung der Verfügbarkeit von Informationen (Veröffentlichung von Handelsinformationen unter anderem im Internet, Kontaktstellen) ergeben. Die B7 fordern die G7 auf, sich für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde der WTO einzusetzen.

Rohstoffe: Sichere Versorgung und effiziente Nutzung

Die Nutzung natürlicher Ressourcen ermöglicht der Menschheit einen beispiellosen Wohlstand und Lebensstandard. Trotzdem ist ein effizienterer und bewussterer Umgang mit fossilen und mineralischen Ressourcen unabdingbar.

Nach fast einem Jahrzehnt rasant steigender Preise von 2000 bis 2009 sind die Preise für viele Rohstoffe seit 2010 gefallen. Die geologische Verfügbarkeit ist enorm, was zum Teil auch auf die verbesserte Zugänglichkeit dank der Entwicklung neuer Technologien zurückzuführen ist. Es besteht jedoch kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Nicht alle Ressourcen sind auf den Märkten problemlos verfügbar, da Lagerstätten teilweise auf wenige Länder konzentriert sind oder die gesamte Produktion in den Händen weniger Unternehmen liegt. Bedingt durch zunehmende staatliche Interventionen wie Exportbeschränkungen funktionieren die Marktmechanismen oft nicht zufriedenstellend.

Außerdem wird die Rohstoffnachfrage voraussichtlich steigen. Dafür sind mehrere Trends verantwortlich: ein starkes Wirtschaftswachstum der neu industrialisierten Länder und der Entwicklungsländer sowie das legitime Streben nach besseren Lebensbedingungen, begleitet von

einer verstärkten Nachfrage nach verarbeiteten Gütern, technologischen Veränderungen und einer wachsenden Weltbevölkerung.

Nur jene Unternehmen, die in Ressourceneffizienz investieren, werden im internationalen Wettbewerb bestehen und Marktchancen nutzen können. Erhebliche Potenziale sind nicht nur in der Optimierung von Produktionsprozessen, Transport und Lagerung zu finden, sondern auch in der Abfallverminderung entlang der globalen Wertschöpfungskette. Die Entwicklung von neuen, innovativen Materialien und Verfahren, Zwischenprodukten und Recyclingtechnologien ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung.

Viele Industriematerialien und produkte haben vielfältige Anwendungsmöglichkeiten und Recyclingeigenschaften. Nach ihrer Verwendung und entsprechender Behandlung können sie in verschiedenen Produkten wiederverwendet und damit wieder dem Wirtschaftskreislauf zugeführt werden. Auf diese Weise leistet die Industrie durch eine effiziente Nutzung von primären Rohstoffen und durch den Schutz von Ressourcen wichtige Beiträge zur Kreislaufwirtschaft.

Empfehlungen der B7

Der Weg zu einer nachhaltigeren und ressourceneffizienteren industriellen Produktion muss durch entsprechende politische Voraussetzungen und Rahmenbedingungen geebnet werden. Die B7 begrüßen die Initiative der deutschen G7-Präsidentschaft zur Steigerung der Ressourceneffizienz als eine solide Diskussionsgrundlage. Die B7 unterstützen auch die Schaffung einer G7-Allianz für Ressourceneffizienz. Diese könnte den Austausch gewonnener Erkenntnisse und den Vergleich von Risikobeurteilungen und Risikomanagementlösungen erleichtern, Kontakte herstellen, Wissen zusammenführen und die Koordination zwischen Politik und Industrie verbessern.

Förderung von Forschung und Innovation

Die Regierungen der G7 sollten die Wirtschaft in ihrem Bestreben unterstützen, innovative Produkte und Verfahren zu entwickeln und diese Technologien durch gezielte freiwillige nationale Ressourcenpartnerschaftsprogramme, an denen sich Regierungen und Unternehmen beteiligen, zur Anwendung zu bringen. Da es keinen allgemeingültigen Ansatz gibt, sollten diese Programme landes-, regions- und sektorspezifisch sein und die Bedürfnisse der einzelnen G7-Mitgliedstaaten widerspiegeln. So könnten die Regierungen Forschungsaktivitäten und die Verwendung neuer Materialien und Technologien in der Industrie stärker fördern, indem sie öffentliche Finanzierungsprogramme einrichten, steuerliche Anreize und Abschreibungsmöglichkeiten schaffen, Beschaffungsanforderungen definieren und private Finanzierungs- und sonstige Marktlösungen unterstützen.

Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Die B7 fordern die G7 auf, die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) bei der effizienten Nutzung von Rohstoffen in der industriellen Produktion stärker zu unterstützen. Die Initiative der deutschen Regierung "Ressourceneffizienz in kleinen und mittelständischen Unternehmen" anlässlich der deutschen G7 Präsidentschaft 2015 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die B7 unterstützen dieses Vorhaben. Insbesondere KMU benötigen Unterstützung bei der Berechnung und Evaluierung des Ressourcenverbrauchs ihrer Produktion und ihres Einsparpotenzials. Daher müssen sie hinsichtlich neuer technologischer und digitalisierter Lösungen im Bereich der Materialeffizienz beraten werden.

Schaffung einer Informationsplattform für Ressourceneffizienz

Eine Technologieradar- und Informationsplattform der G7 könnte den Ländern helfen, Informationen über technologische Entwicklungen zu erhalten und auszutauschen sowie Best Practices zu teilen. Dies wäre für kleine und mittelständische Unternehmen von besonderer Bedeutung.

Öffentliche Beschaffung

Die öffentliche Beschaffung kann wichtige Impulse für die Implementierung innovativer Produkte und Technologien geben. Entsprechend muss ein verlässlicher Rahmen geschaffen werden, der Investitionen in Recyclingtechnologien fördert, das Exportpotenzial von Müllverarbeitungsanlagen realisiert und die Verwendung von Sekundärmaterialien in industriellen Verfahren erleichtert. Die Beschaffungsbestimmungen vieler Länder und Gebietskörperschaften bewirken immer noch, dass oftmals nur die kostengünstigsten Angebote zum Zug kommen. Dies ist ein Hindernis für neue Technologien und für eine hocheffiziente Produktion, die eventuell mit höheren Vorlaufkosten verbunden ist.

Die B7 unterstützen alle Initiativen, die auf die Förderung einer nicht diskriminierenden und transparenten öffentlichen Beschaffungspolitik der Länder ausgerichtet sind. Das Pilotprojekt der Weltbank, eine Benchmark für öffentliche Beschaffungsprogramme einzuführen, ist ein gutes Beispiel, das auf eine größere Zahl von Ländern ausgeweitet werden sollte. Ein solches Berichtswesen könnte Beschaffungsreformen weltweit fördern. Die B7 betonen auch die Bedeutung offener Beschaffungsmärkte. Wir bedauern den zunehmenden Trend einer Politik, die den Kauf von Produkten nationalen Ursprungs fördert, und fordern die G7 auf, sich für nicht diskriminierende Beschaffungsmärkte weltweit einzusetzen.

Tiefseebergbau

Während der Tiefseebergbau ein signifikantes Potenzial als zukünftige Rohstoffquelle in sich birgt, hängt seine Zukunft vor allem davon ab, ob eine umweltverträgliche Produktion möglich ist. Auch wenn eine umfassende Regelung des Tiefseebergbaus durch die International Seabed Authority (ISA) noch nicht in Sicht ist, sollten die G7 auf hohe Umweltstandards im Tiefseebergbau hinwirken.

Förderung der Transparenz im Rohstoffsektor

Eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung rohstoffproduzierender Länder ist der verantwortungsvolle Umgang mit den durch diese Produktion erzielten Erträgen. Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), eine 2003 gegründete Initiative verschiedener Interessengruppen, überwacht die Verwendung der Einnahmen aus der Rohstoffgewinnung auf Länderbasis. Durch die Offenlegung der Cashflows, die Unternehmen und Regierungen erzielen, sorgt EITI für Transparenz. Die G7 sollten Anstrengungen unternehmen, auch andere ressourcenreiche Länder für den Beitritt zu dieser Transparenzinitiative zu gewinnen, um EITI in Zukunft zu einem gemeinsamen globalen Standard zu machen.

Faire Rohstoffmärkte

Die B7 fordern strenge Maßnahmen durch die G7 gegen handelsverzerrende Ressourcenpolitiken. Die Subventionierung von Rohstoffimporten, überhöhte Ausfuhrzölle und strengere Ausfuhrquoten sind weit verbreitete Phänomene. Diese Praktiken, die dazu ausgelegt sind, inländischen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, verzerren den Handel und führen zu einer Fehlverteilung von Rohstoffen. In den vergangenen 20 Jahren hat die WTO den Welthandel liberalisiert und dazu beigetragen, entstandene Streitigkeiten vernünftig beizulegen. Da sich das Regelwerk der WTO nicht hinlänglich mit Exportbeschränkungen wie Zöllen, sonstigen Abgaben und Lizenzanforderungen befasst, reicht es jedoch nicht aus, um die Verbreitung exportbeschränkender Maßnahmen einzudämmen. Die B7 setzen sich für eine Weiterentwicklung des Regelwerks der WTO über Exportbeschränkungen ein. Die B7 fordern die G7 auch auf, sich für eine permanente und wirksamere Überwachung der Handels- und Investitionsmaßnahmen der G20 einzusetzen. Insbesondere sollten Maßnahmen, die Rohstoffe betreffen, in den Berichten von OECD, WTO und der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) sowie in den Sitzungen der Staats- und Regierungschefs von G7 und G20 regelmäßig Beachtung finden.

Energie, Energieeffizienz und Klimapolitik

Die Produktion von sicherer, bezahlbarer und sauberer Energie sowie eine verantwortungsvolle und effiziente Ressourcennutzung bilden integrale Bestandteile eines nachhaltigen weltweiten Wirtschaftswachstums.

In den vergangenen 20 Jahren haben die Mitgliedstaaten der G7 ihre Treibhausgasemissionen signifikant gesenkt. Dies wäre nicht möglich gewesen ohne die konsequenten Bemühungen der Industrie, die in hocheffiziente Produktionseinrichtungen investiert und signifikante Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen verfolgt hat.

Die Mitglieder der B7 sind technologische Pioniere, die mit ihrer führenden technischen Expertise und ihren innovativen Lösungen weltweit den Weg zu höherer Energieeffizienz und niedrigeren Treibhausgasemissionen ebnen. Diese industrielle Innovation ist von entscheidender Bedeutung, wenn es uns gelingen soll, Volkswirtschaften weltweit zu einem effizienteren Einsatz von Energie, zur Verringerung ihres Müllaufkommens und zur Senkung ihrer CO2-Emissionen zu bewegen.

Vorhersehbare und transparente politische Rahmenbedingungen sowie gleiche weltweite Wettbewerbsvoraussetzungen sind unverzichtbar für einen wirksamen Klimaschutz. Ebenso sind sie wichtige Voraussetzungen für Unternehmen, weiter in die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien zu investieren. Ein verantwortungsvolles globales Abkommen, an dem sich alle wichtigen Emittenten beteiligen, ist ein zentraler Baustein, um den Weg hin zu CO2-armen Volkswirtschaften zu ebnen. Die B7 fordern die G7 daher auf, bei der später in diesem Jahr in Paris stattfindenden 21. Sitzung der Konferenz der Vertragsparteien der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), COP21, konstruktiv auf ein solches Abkommen hinzuarbeiten.

Empfehlungen der B7

COP21: Ambitionierte Beiträge aller Parteien

Die B7 unterstützen ein globales Klimaabkommen, das vergleichbare, verifizierbare und ambitionierte - aber auch realistische - Beiträge aller Parteien enthält. Dieses Abkommen sollte – gemäß dem Ziel der UNFCCC - die Welt auf eine substantielle Reduktion der globalen Emissionen einstimmen. Außerdem sollte es die Entwicklung und Verbreitung innovativer Technologien fördern, die auf lange Sicht entscheidend für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen sind. Die Vereinbarung sollte die sich verändernde globale Situation gemäß der UNFCCC widerspiegeln und in Kraft treten, sobald sie von Ländern unterstützt wird, denen ein beträchtlicher Anteil der weltweiten Emissionen zuzuschreiben ist. Wir fordern die G7 auf, alle großen Volkswirtschaften dazu aufzurufen, dem neuen Abkommen beizutreten und gemäß ihren nationalen Möglichkeiten vergleichbare Maßnahmen zur Minderung der CO2-Emissionen in Kraft zu setzen.

Das neue Klimaabkommen sollte alle Länder ermutigen, nicht nur ihre inländischen Emissionen zu reduzieren, sondern sich auch an der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen, an der technologischen Entwicklung und am Aufbau von Kapazitäten zu beteiligen. Im Hinblick auf eine klimaschonende nachhaltige Entwicklung sollten die Parteien des Abkommens nicht nur zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen, sondern auch Anpassungsmaßnahmen zur Milderung der negativen Auswirkungen des Klimawandels fördern. Diese Maßnahmen sollten auf die vielfältigen Energielandschaften der einzelnen Länder abgestimmt werden.

Die einzige Möglichkeit, das notwendige Vertrauen in das neue Übereinkommen aufzubauen, besteht darin sicherzustellen, dass es ein robustes Transparenz- und Rechenschaftspflichtsystem für alle seine Parteien beinhaltet. Das Abkommen muss daher vergleichbare nationale Bestimmungen betreffend Messung, Berichten und Verifizierung (Measurement, Reporting, and Verification, MRV) sowie einen Prüfprozess beinhalten.

COP21 und darüber hinaus: Sicherstellung des Engagements des Privatsektors

Die B7 fordern die G7 auf, in intensive Beratungen mit der Industrie einzutreten, wenn es um die konkrete Umsetzung des neuen Klimaabkommens geht. Die Expertise der Wirtschaft ist unverzichtbar für die Erreichung effektiver und nachhaltiger Ergebnisse.

Auf internationaler Ebene fordern wir die Regierungen zudem auf, die Schaffung eines formelleren Kommunikationskanals zwischen der Wirtschaft und UNFCCC zu unterstützen, der dem Zugang zu wirtschaftlicher Expertise in verschiedenen wichtigen Fragen dienen könnte.

Klimapolitik – Entwicklung einer weltweit effektiven Politik

Das Abkommen sollte einen langfristigen, marktorientierten und transparenten politischen Rahmen schaffen. Es bildet ein wichtiges Element für den erfolgreichen Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und ist eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung gleicher Wettbewerbsvoraussetzungen für Unternehmen und für die Förderung von Investitionen und Innovation. Ein solcher Rahmen sollte es den Ländern erlauben, verschiedene Strategien zu verfolgen, um sie in die Lage zu versetzen, viele unterschiedliche verfügbare Instrumente wie Energieeffizienzmaßnahmen oder auch CO2-Preissysteme anzuwenden.

Energiepolitik: Energieeffizienz

Ein wichtiger Beitrag zur Treibhausgasreduktion wird von energieeffizienten Innovationen entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette geleistet. Das sektorspezifische Potenzial für die Verbesserung der Energieeffizienz ist von Land zu Land verschieden. Für viele B7-Mitglieder ist der Bausektor besonders prädestiniert für energiesparende Maßnahmen.

Wir fordern die G7 auf, regulatorische Schranken abzubauen, die die Verbreitung energieeffizienter Technologien behindern, und diese Technologien durch angemessene Finanzierungsmaßnahmen und Exportkredite sowie durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Foren zu fördern. Um zusätzliche Anreize für private Investitionen in energieeffiziente Technologien zu schaffen, fordern wir die G7-Regierungen auf, die Abschreibung der Kosten von Energiesparmaßnahmen und ihre Abzahlung in Form von zukünftigen Einsparungen durch Effizienzmaßnahmen zu ermöglichen.

Energiepolitik – Implementierung von Energieeffizienznetzwerken

Die B7 begrüßen die Schaffung von Energieeffizienznetzwerken, an denen sich auch der Privatsektor auf freiwilliger Basis beteiligen kann. Netzwerke verbessern die Einstellung zu Energieeffizienz, ohne viel Bürokratie zu erzeugen. Außerdem leisten sie wichtige Beiträge zur Minderung der Auswirkungen des Klimawandels und fördern die Energieeffizienz in Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe.

Ein Energieeffizienznetzwerk besteht aus Unternehmen und einem Energieberater. Die Unternehmen – unterstützt durch einen internen oder externen Energieberater – tauschen Ideen über die Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Produktionsverfahren aus und diskutieren Wege zur Implementierung von Effizienzmaßnahmen. Die Erfahrung zeigt, dass diese Netzwerke ein enormes Potenzial besitzen. Einige Unternehmen, die sich bereits an ähnlichen Programmen beteiligen, konnten ihre Energieeffizienz im Vergleich zum Durchschnitt ihres Sektors verdoppeln.

Der Weg in die Zukunft: Anerkennung des anhaltenden Bedarfs an traditionellen Energiequellen

Laut einer Prognose der International Energy Agency (IEA) wird sich die globale Energienachfrage noch auf Jahrzehnte hauptsächlich auf fossile Brennstoffe beziehen. Während die Regierungen der G7 ihren Blick auf die Energiequellen der Zukunft zu richten beginnen, müssen sie eine vorhersagbare und nachhaltige Entwicklung bestehender Öl-, Gas- und Kohlelagerstätten

sicherstellen. Die Klimaschutzbemühungen sollten sich auf Effizienzverbesserungen, neue Technologien und nachfrageseitige Faktoren konzentrieren, während sie gleichzeitig Unternehmen nicht daran hindern sollten, fossile Brennstoffe verantwortungsvoll zu gewinnen und auf den Markt zu bringen.

G7: Rome Energy Initiative for Energy Security

Die B7 unterstützen eine breite Energiesicherheitsstrategie und fordern die G7 auf, die Energieeffizienz auf Nachfrage- und Angebotsseite zu verbessern, die Energiesysteme robuster zu machen und die Energieinfrastruktur zu modernisieren. Es ist notwendig, die breiteren Dimensionen der globalisierten Energiemärkte von heute zu berücksichtigen, die Energieverbraucher, Produzenten und Transitländer in sich vereinen. Für die Bewältigung der kurz-, mittel- und langfristigen Herausforderungen müssen Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene gesetzt werden.

Wir unterstützen die Initiative der G7 zur Entwicklung transparenter und wettbewerbsfähiger Energiemärkte – einschließlich der Gasmärkte –, die auch eine Diversifizierung von Brennstoffen, Quellen und Route ermöglichen und lokale Quellen der Energieversorgung fördern.

Nachhaltige Gesundheitssysteme: Forschung und Innovation

Die Menschen leben heute dank innovativer Medikamente länger, bleiben gesünder und führen ein produktiveres Leben. Forschung und Entwicklung sind unabdingbar für neue Medikamente zur Behandlung und Heilung von Krankheiten, die unzählige Leben bedrohen oder anderweitig beeinträchtigen.

Der Gesundheitssektor ist einer der größten Wirtschaftssektoren der G7. Die ihm innewohnende Forschungsintensität und Innovationskraft, sein großer Anteil an der Beschäftigung und seine Orientierung nach außen machen ihn zu einer wichtigen Triebfeder des Wirtschaftswachstums. Die Zukunftsaussichten dieses Sektors sind vielversprechend, zumal der globale Markt bis 2030 voraussichtlich um sechs Prozent wachsen wird.

Gleichzeitig war der globale Gesundheitssektor noch nie mit so großen Herausforderungen konfrontiert wie heute. Demographische Veränderungen, eine alternde Bevölkerung und eine erhöhte Lebenserwartung belasten das Gesundheitssystem vieler Länder ebenso wie die steigende Nachfrage nach Gesundheitsprodukten und -dienstleistungen. Diese Entwicklung führt dazu, dass öffentliche und private Finanzierungssysteme an ihre Grenzen stoßen. Die Zunahme zahlreicher chronischer Krankheiten (Herzkrankheiten, Schlaganfälle, Krebs, Diabetes und andere chronische Leiden) sowie das Neu- und Wiederauftreten übertragbarer Krankheiten, die zu schweren Einschränkungen führen, und deren Häufigkeit sowie Arzneimittelunverträglichkeiten setzen den Sektor ebenfalls unter enormen Druck.

Zeitgerechte und wirksame Investitionen in den Gesundheitssektor können einen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen leisten und ein längeres produktives Leben ermöglichen. Eine gesunde Bevölkerung ist eine wesentliche Voraussetzung für ein nachhaltiges und sozial verträgliches Wirtschaftswachstum und für Sicherheit. Ein zusätzliches Jahr Lebenserwartung erhöht das Pro-Kopf-BIP eines Landes um etwa vier Prozent.

Die Bevölkerungen der ärmsten Länder haben am stärksten unter Gesundheitsproblemen zu leiden. Krankheiten sind ein signifikanter Hemmschuh für Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung. Sie führen zu erheblichen finanziellen Belastungen in Form von Gesundheitsausgaben und Produktivitätsausfällen. Die Regierungen der wirtschaftlich schwachen und schwächsten Länder kämpfen darum, ihren Bürgern einen adäquaten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen zu sichern. Sie sind oft nicht nur mit budgetären Beschränkungen,

sondern auch mit Arbeitskräfteknappheit, entlegenen Wohnorten der Patienten und Infrastrukturproblemen konfrontiert. Innovative Behandlungen müssen eine breite Gruppe von Personen erreichen, die in entlegenen Gebieten leben, in denen es keine ausreichende Gesundheits- oder Vertriebsinfrastruktur gibt, und die diese Behandlungen dringend brauchen.

Viele Pharmaunternehmen leisten bereits erhebliche Beiträge zur Bekämpfung von Krankheiten in Schwellenund Entwicklungsländern. Dies ist jedoch ein Kampf, der nur gemeinsam gewonnen werden kann. Deshalb begrüßen es die B7, dass die G7 die Gesundheitsfrage auf die Agenda des diesjährigen Gipfels setzen werden. Die Herausforderungen sind vielfältig. Insbesondere zwei Themen fordern unsere unmittelbare Aufmerksamkeit: die Antibiotikaresistenzen und die sogenannten vernachlässigten Tropenkrankheiten. Den G7-Ländern und den B7-Unternehmen kommt eine wichtige Rolle zu, diese Herausforderungen zu meistern.

Antibiotikaresistenzen

Seit dem ersten Antibiotikum Penicillin, das in den 1940er Jahren eingeführt wurde und seit den 1950er Jahren breite Verwendung findet, zählen Antiinfektiva zu den wirksamsten Arzneimitteln in der Geschichte der modernen Medizin. Gleich ob zur Behandlung bakterieller Infektionen, Tuberkulose, Malaria oder HIV, sind Antibiotika zu einem nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil des modernen Lebens geworden. Dank akribischer medizinischer Forschung verbessert sich der Gesundheitszustand der Menschheit seit vielen Jahrzehnten – eine Errungenschaft, die wir an zukünftige Generationen weitergeben möchten. Das Ziel einer guten Gesundheit aller wird jedoch durch das zunehmende Problem der Resistenz von Infektionskrankheiten gegen eine wachsende Zahl von Antibiotika gefährdet.

In den letzten Jahrzehnten sind immer weniger neue Wirkstoffe, insbesondere Antibiotika, entdeckt worden. Von der Entdeckung bis zur Marktfähigkeit dauert es normalerweise zehn bis 15 Jahre. Das bedeutet, dass es heute nicht nur notwendig ist, den Lebenszyklus zugelassener Medikamente zu verlängern, sondern auch die Entdeckung und Entwicklung neuer Antiinfektiva zur Bekämpfung drohender Arzneimittelresistenzen zu fördern.

Die Situation wird immer ernster. Immer mehr Resistenzen gegen alle bekannten Arzneimittel, insbesondere

unter den Bakterien, werden entdeckt. Auch die bakteriellen Infektionen in Krankenhäusern, die von Enterobakterien verursacht werden, nehmen zu. Vor Kurzem wurde festgestellt, dass diese Bakterien auch gegen Antibiotika resistent sind, die bisher als "letzte Rettung" galten. Sie zeichnen für immer mehr Todesfälle in vielen Ländern verantwortlich.

Wie festgestellt wurde, tragen verschiedene Faktoren zum Auftreten und zur Verbreitung resistenter Mikroorganismen bei, wie beispielsweise unverantwortliche Verordnungen und eigenmächtige Anwendung von Antibiotika, mangelnde Compliance und eine teilweise unangemessene Anwendung von Antibiotika bei Nutztieren. Probleme entstehen auch durch das Fehlen politischer Maßnahmen, die die Rotation von Antibiotika und Infektionskontrollen in Krankenhäusern regeln.

Vernachlässigte Tropenkrankheiten

Über eine Milliarde Menschen weltweit laufen Gefahr, sich mit einer vernachlässigten Tropenkrankheit (Neglected Tropical Diseases, NTDs) anzustecken. Kinder betroffener Mütter werden ihrer Zukunftsaussichten beraubt, da die Sterblichkeit infizierter Frauen besonders hoch ist.

Erkrankte Erwachsene sind arbeitsunfähig. Die durch NTDs verursachte Krankheitsbelastung ist mit der von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria vergleichbar. Trotzdem beginnen die Industrieländer erst jetzt, von NTDs überhaupt Notiz zu nehmen. Das muss sich ändern.

Die erfolgreiche Vorbeugung gegen NTDs und ihre Behandlung ist weitgehend bereits heute möglich und zu relativ niedrigen Kosten erreichbar. In vielen Ländern gibt es bereits Partnerschaftsprogramme, die die Zivilgesellschaft, die Industrie, die betroffenen Länder und die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) zur Zusammenarbeit einladen. Diese Partnerschaftsprogramme müssen erweitert und auf die Endemiegebiete ausgeweitet werden. Der derzeitige Fokus liegt auf den sogenannten "Big 5" (Onchozerkose, Trachoma, Schistosomiase, lymphatische Filariose und die sogenannten Soil-transmitted Helminths). Es sollte sichergestellt werden, dass die derzeit verfügbaren Interventionen zur Verhinderung und Behandlung von armutsbedingten Krankheiten auch jene Menschen erreichen, die sie am dringendsten brauchen. Der jüngste Ebola-Ausbruch hat gezeigt, wie anfällig und unterentwickelt die Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern sind.

Empfehlungen der B7

Die Regierungen der G7 sollten sich an die Spitze der Entwicklung von Gesundheitslösungen setzen, die den Zugang zu einer nachhaltigen, kosteneffektiven Gesundheitsversorgung ermöglichen, indem sie den immensen gesellschaftlichen Wert öffentlicher und privater Investitionen in den Gesundheitssektor anerkennen. Die Priorisierung von Investitionen in den Gesundheitssektor und die Entwicklung von effektiven, nachhaltigen Gesundheitssystemen verbessern die Gesundheit der heimischen Bevölkerungen und stärken gleichzeitig die finanzielle Stabilität der G7-Volkswirtschaften.

Nachhaltige Gesundheitssysteme beginnen mit:

- einem optimierten Gesundheitsmanagement entlang der gesamten Betreuungskette und der Erhöhung der Investitionen in Vorbeugung und Wohlbefinden;
- einer Ausrichtung der Gestaltung der Gesundheitssysteme auf die Messung der Ergebnisse und die Unterstützung einer auf die Patienten zugeschnittenen Behandlung bei gleichzeitiger Förderung der digitalen Technologie und anderer Innovationen;
- der Förderung von Gesundheitssystemen, die Anreize für die Akzeptanz hochwertiger Produkte bieten, die für die Gesellschaft von Nutzen sind;
- der Unterstützung von Preismodellen, die einen breiteren Zugang zu Medikamenten erlauben. Differenzierte Preise können den Zugang zu innovativen Medikamenten in Entwicklungsländern erheblich verbessern, während sie die Anreize für Investitionen in Innovationen aufrechterhalten.

Investitionen und Innovation

Ein robuster Patentschutz ist ein wichtiger Faktor für den Privatsektor und dient als Motivation, die Kosten und Risiken der Arzneimittelentwicklung auf sich zu nehmen.

- Die B7 fordern die G7 auf anzuerkennen, dass Investitionen in Arzneimittelerforschung und -entwicklung der Gesellschaft zugutekommen und eine Triebfeder des Wirtschaftswachstums sind.
- Die B7 fordern die G7 auf, Innovationen auf nationaler und internationaler Ebene voranzutreiben und für ein robustes Umfeld zu sorgen, das Risikofreude

fördert und die so wichtigen Investitionen des Privatsektors in Forschung und Entwicklung begünstigt.

- Die G7 sollten die Patentdurchsetzung und den Schutz von geistigen Eigentumsrechten weltweit stärken. Geschieht das nicht, werden forschungsorientierte Pharmaunternehmen nicht länger in der Lage sein, die unsicheren und teuren Investitionen zu tätigen, die die Entwicklung innovativer Medikamente für Patienten in aller Welt erfordert.
- Die G7 sollten ein gemeinsames Nachdenken darüber fördern, wie Anreize für die Erforschung von Bereichen von hohem medizinischen und niedrigem wirtschaftlichen Wert für die forschungsorientierte Pharmaindustrie geschaffen werden können.

Kampf gegen die Antibiotikaresistenz

Die folgenden Maßnahmen sind notwendig, um die Arzneimittelresistenz zu verringern und so die globale Gesundheit und das wirtschaftliche Wohlergehen zu verbessern

Förderung von Informationsprogrammen über einen vernünftigen und verantwortungsvollen Umgang mit Antiinfektiva: Dieses Ziel wendet sich an Ärzte, Patienten
und andere Mitglieder der Gesellschaft, insbesondere
an jene, die in der Nutztierhaltung und in der industriellen Anwendung von Antibiotika tätig sind.

Entwicklung einer "Arzneimittelpolitik" der Mitgliedstaaten:

Eine solche "Arzneimittelpolitik" sollte alle notwendigen Regelungen für die Verabreichung gefährdeter Antiinfektiva, Standardrichtlinien für die Verschreibung von Antiinfektiva, die Einschränkung der Verwendung dieser Wirkstoffe in der Tierhaltung und die Sicherstellung der Verfügbarkeit hochwertiger und geeigneter Antiinfektivatherapien beinhalten.

Verbesserung von Vorbeugungs- und Kontrollmaßnahmen:

Dieses Ziel sollte durch eine systematischere Anwendung verfügbarer Impfstoffe und in einigen Fällen auch durch die Entwicklung neuer Impfstoffe gegen problematische Infektionen zum Beispiel bakterieller Natur sowie durch die Förderung universeller Hygiene- und Sanitärmaßnahmen zur Vorbeugung gegen Infektionen erreicht werden.

Anreize für von Pharmaunternehmen, gemeinsam mit staatlich finanzierten Forschungsstellen neue antimikrobielle Wirkstoffe zu entwickeln: Neue wissenschaftliche Ansätze, die auf Genomik, Proteomik und Bioinformatik aufbauen, können die Identifikation und die Entwicklung neuer therapeutischer Moleküle insbesondere gegen resistente Mikroorganismen beschleunigen. Die Regierungen sollten sinnvolle politische Maßnahmen in die Wege leiten – darunter finanzielle und regulatorische Maßnahmen –, um Anreize für die Pharmaindustrie zu schaffen, neue Antibiotika zu entwickeln. Die Entwicklung von neuen Diagnosetests und Biomarkern für Arzneimittelresistenzen ist ebenfalls wichtig für den Kampf gegen die Bedrohung durch antimikrobielle Resistenzen.

Verbesserung der F&E-Kapazitäten von Entwicklungsländern, um sie zu Partnern im Kampf gegen die entstehenden Mikrobenresistenzen zu machen: Entwicklungsländer sollten in den oben erwähnten Bemühungen eine größere Rolle spielen, zumal das Problem der Mikrobenresistenz sie besonders stark betrifft. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie und zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sollte aktiv unterstützt werden, um das gewünschte Ziel zu erreichen.

Kampf gegen vernachlässigte Tropenkrankheiten

Folgende Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Bedrohung durch vernachlässigte Tropenkrankheiten zu verringern.

Erweiterung des Mandats des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM): Die Einrichtung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) zeigt, wie erfolgreich ein gemeinsames Vorgehen der Weltgemeinschaft sein kann. Der GFATM ist zu einem wichtigen Werkzeug zur Unterstützung betroffener Länder in ihren Bemühungen geworden, geeignete Behandlungsprogramme einzuführen. NTDs wurden in der Zeit der Einrichtung des GFATM weitgehend vernachlässigt. Dieses Versäumnis muss nun korrigiert werden. Die B7 fordern die Regierungen der G7-Mitgliedstaaten auf, sich für die Erweiterung des Mandats des GFATM einzusetzen und den Kampf gegen NTDs ernst zu nehmen. Der GFATM sollte sicherstellen, dass Arzneimittelprogramme entsprechend koordiniert und nach Möglichkeit integriert werden, um die Entstehung von Parallelstrukturen zu verhindern und Synergien zu nutzen. Der GFATM sollte auch eine hochwertige Implementierung

sicherstellen und für geeignete operative Forschungsaktivitäten zur Aufdeckung etwaiger Lücken sorgen.

Stärkung von Forschung und Entwicklung im Rahmen der

G7: Die Entwicklung neuer Impfungen und Arzneimittel ist ein wichtiger Faktor im Kampf gegen eine Reihe von NTDs. Es ist dringend notwendig, die Forschung auszuweiten und zu intensivieren und die vernachlässigten Tropenkrankheiten aktiv anzugehen. In Anbetracht der Risiken möglicher Übertragungen gefährlicher Pathogene von Tieren auf Menschen ("Zoonosen"), wie vor Kurzem am Beispiel Ebola deutlich geworden, ist es auch wichtig, die grundlegende Erforschung von NTDs voranzutreiben. Die B7 fordern die Regierungen der G7-Mitgliedstaaten auf, die globale Forschung und die Entwicklungsaktivitäten im Bereich der vernachlässigten Tropenkrankheiten voranzutreiben.

Gemeinsam finanzierter Forschungsfonds beim bevorstehenden G7 Gipfel: Erforscht werden müssen auch Diagnose- und Überwachungssysteme sowie Mapping-Verfahren. Die vor Kurzem erfolgte Erweiterung des Partnerschaftsprogramms zwischen europäischen Ländern und Entwicklungsländern für klinische Versuche (EDCTP) ist sehr zu begrüßen, kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Die B7 fordern die G7 auf, sich für die transnationale Erforschung neuer Diagnostiksysteme, Arzneimittel und Impfungen im Kampf gegen NTDs einzusetzen.

Die Roadmap der WHO im Kampf gegen NTDs sieht die Reduktion oder Ausrottung der Mehrzahl dieser Krankheiten bis 2025 vor. Dieses Ziel ist nur realistisch, wenn geeignete Werkzeuge und entsprechende Ressourcen koordiniert eingesetzt werden. Auf diese Weise können Gesundheit und Zukunftsaussichten von Millionen Menschen entscheidend verbessert werden.

Die forschungsorientierte Pharmaindustrie ist an vielen dieser Programme als Partner beteiligt. Weltweit existieren ca. 220 Partnerschaftsprogramme mit der Industrie. Die Bereitstellung von Medikamenten und Gesundheitsdiensten ist jedoch ein komplexes Thema. Hersteller, Gesundheitsdienstleister, Distributoren, Aufsichtsbehörden, Versicherungsgesellschaften und viele andere müssen Hand in Hand arbeiten, um sicherzustellen, dass die Patienten die von ihnen benötigten Dienstleistungen und Produkte erhalten.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) Breite Straße 29 10178 Berlin T: +49 30 2028-0 www.bdi.eu

Redaktion

Dr. Stormy-Annika Mildner, Abteilungsleiterin Abteilung Außenwirtschaftspolitik

Quirin Blendl, Trainee Abteilung Außenwirtschaftspolitik

Konzeption & Umsetzung

Sarah Pöhlmann Abteilung Marketing, Online und Veranstaltungen

Druck

Das Druckteam Berlin www.druckteam-berlin.de

Verlag

Industrie-Förderung GmbH, Berlin

Layout

Michel Arencibia www.man-design.net

Stand

Mai 2015

BDI-Publikations-Nr.: 0029

Mitgliedsverbände der B7



















